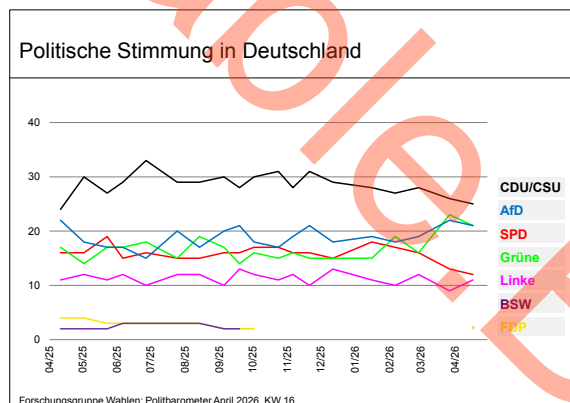


Politbarometer April 2026

Repräsentative Umfrage – KW 16

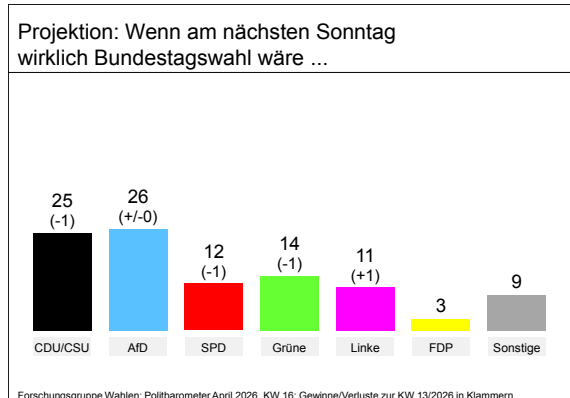
Für dieses Politbarometer hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen vom 14.04. bis 16.04.2026 1.355 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte in Deutschland telefonisch und online befragt.

In der politischen Stimmung Mitte April haben Union, AfD, SPD und Grüne leichte Verluste. Etwas zulegen können nur die Linke und in der Summe die sonstigen Parteien. Aktuell wird die CDU/CSU bei 25% (-1) gemessen, die AfD erreicht 21% (-1) und die SPD 12% (-1). Die Grünen kommen auf 21% (-2), die Linke kommt auf 11% (+2) und die FDP auf 3%. Auf die sonstigen Parteien entfallen zusammen 7%.



Wäre jetzt Bundestagswahl, würden längerfristige Grundüberzeugungen und auch taktische Überlegungen das Wahlverhalten stärker beeinflussen, als es in der augenblicklichen Stimmung zum Ausdruck kommt. Dem trägt unsere Projektion Rechnung.

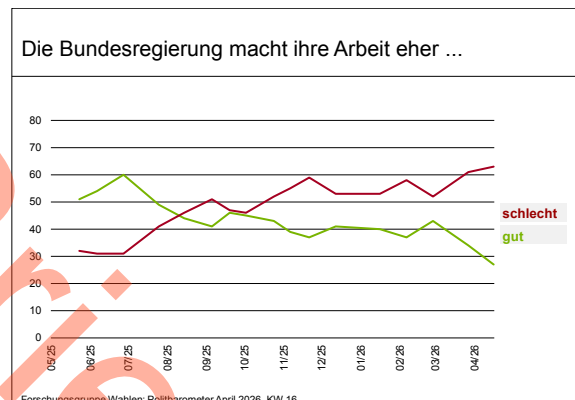
Wäre an diesem Sonntag Bundestagswahl, läge die CDU/CSU mit 25% (-1) im Politbarometer erstmals knapp hinter der AfD, die weiterhin auf 26% (+/-0) käme. Die SPD rutscht mit 12% (-1) auf einen Tiefstwert. Die Grünen lägen nach dieser Projektion bei 14% (-1). Die Linke würde 11% (+1) erreichen und die FDP



3%. Alle sonstigen Parteien lägen zusammen bei 9%, darunter keine Partei, die mindestens drei Prozent erzielen würde. Damit bliebe Schwarz-Rot – wenn an diesem Sonntag tatsächlich gewählt würde – ohne Mehrheit.

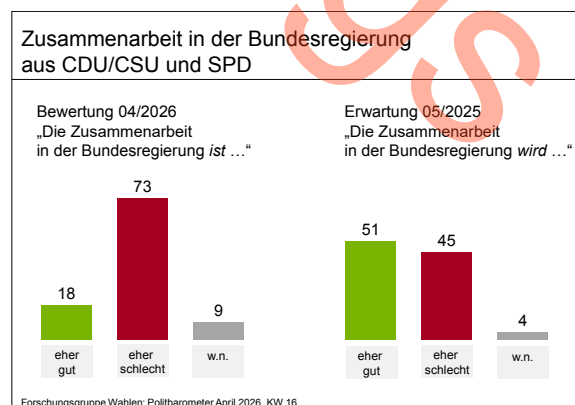
Bundesregierung: Arbeit

Die Zufriedenheit mit der Koalition erreicht einen neuen Tiefpunkt: Nur noch 27% aller Befragten bewerten die Regierungsarbeit eher positiv, 63% attestieren der Koalition „alles in allem gesehen“ eher schlechte Arbeit. Während die Rückmeldung aus dem schwarz-roten Anhängerlager dabei noch knapp mehrheitlich positiv ausfällt, konzentriert sich der Unmut unverändert massiv an den Rändern. Im AfD-Lager wird die Regierung praktisch ausschließlich negativ gesehen.



Bundesregierung: Zusammenarbeit

Zur schwachen Regierungsarbeit kommen große Defizite beim Koalitionsteamwork: Für 18% aller Befragten arbeiten CDU/CSU und SPD in der Bundesregierung eher gut zusammen, für 73% ist die Zusammenarbeit eher schlecht. Anfang Mai 2025, also kurz vor dem Start von Schwarz-Rot, hatten 51% eher gute und 45% eher schlechte Kooperation prognostiziert.



Beurteilung der zehn wichtigsten Politiker/innen:								
(Mittelwerte +5/-5-Skala)	alle Befragten				eigene Anhänger/innen			
	Feb-I	Feb-II	Mrz	Apr	Feb-I	Feb-II	Mrz	Apr
Boris Pistorius	2,0	2,1	2,0	1,7	3,6	3,4	3,3	3,2
Cem Özdemir	---	---	---	0,9	---	---	---	3,0
Johann Wadephul	0,6	0,5	0,5	0,3	2,2	2,1	2,1	1,9
Lars Klingbeil	0,4	0,2	-0,3	-0,4	2,4	1,8	1,8	2,0
Bärbel Bas	0,3	-0,1	-0,4	-0,6	2,2	1,3	1,4	1,6
Heidi Reichinnek	-0,4	-0,7	-0,7	-0,8	3,2	2,5	3,1	3,0
Markus Söder	-0,9	-0,6	-0,8	-0,9	1,9	2,1	1,7	1,7
Friedrich Merz	-0,7	-0,5	-0,5	-1,1	2,9	2,9	2,9	2,4
Katherina Reiche	-0,9	-1,0	-1,2	-1,6	0,7	0,6	0,5	0,0
Alice Weidel	-2,6	-2,5	-2,3	-2,4	3,1	3,4	3,6	3,1

Beim Politikeransehen ist die Grundstimmung im April durchweg negativ: Mit Ausnahme von Cem Özdemir, für den nach seinem Wiedereinstieg in die Politbarometer Top Ten noch keine aktuellen Vergleichswerte vorliegen, werden ausnahmslos alle Protagonisten schlechter bewertet als vor drei Wochen. Für gleich fünf der zehn nach Meinung der Deutschen wichtigsten Politiker – Friedrich Merz, Lars Klingbeil, Bärbel Bas, Heidi Reichinnek und Katherina Reiche – sind persönliche Tiefstwerte zu verzeichnen. Die Positionen und Imagewerte im Einzelnen: Unangefochten Spitzenreiter bleibt Boris Pistorius, der auf der +5/-5-Skala (sehr hohes bis sehr niedriges Ansehen) gute 1,7 erreicht. Auf den Plätzen zwei und drei liegen Cem Özdemir (0,9) und Johann Wadephul (0,3), dahinter folgen – alle im negativen Skalenbereich – Lars Klingbeil (-0,4), Bärbel Bas (-0,6), Heidi Reichinnek (-0,8), Markus Söder (-0,9) und Friedrich Merz (-1,1). Vorletzte im Ranking ist Katherina Reiche (-1,6), die auch im CDU/CSU-Lager sehr schwach bewertet wird, Schlusslicht bleibt mit einem besonders schlechten Image Alice Weidel (-2,4).

Die wichtigsten Probleme im April

Die wichtigsten Probleme im April	Mrz	Apr
Kosten/(Benzin-)Preise/Löhne	16 %	25 %
Wirtschaftslage	23 %	21 %
Klima/Energie(-versorgung)	16 %	16 %
Politik(er)verdruss	12 %	12 %
Asyl/Zuwanderung/Flucht/Integration	14 %	11 %
Verteidigung/Bundeswehr	15 %	10 %
Gesundheitswesen	4 %	8 %
Bundesregierung/Streit	5 %	7 %
AfD/Rechte	7 %	7 %
Rente/Alterssicherung	8 %	7 %

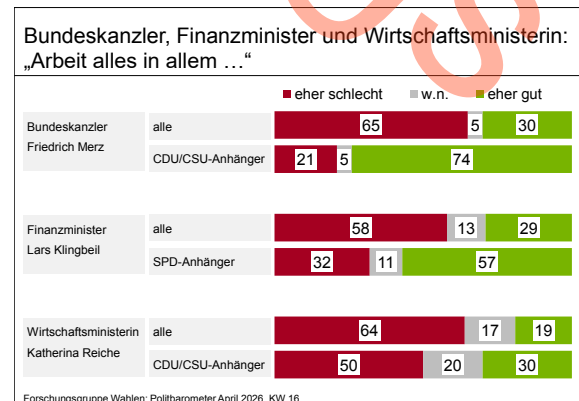
Erstmals seit knapp vier Jahren liegen die größten Probleme in unserem Land nach Meinung der Deutschen wieder im Bereich Kosten/Preise/Löhne. Präsent sind daneben auch die Bereiche Wirtschaftslage und Klima/Energie(-versorgung).

Merz, Klingbeil und Reiche: Arbeit im Amt

Ähnlich schwach wie die Koalition insgesamt ist aus Befragtersicht die Performance der Regierungsspitze: Die Arbeit von Friedrich Merz als Bundeskanzler bewerten derzeit 30% „alles in allem“ eher positiv und 65% eher

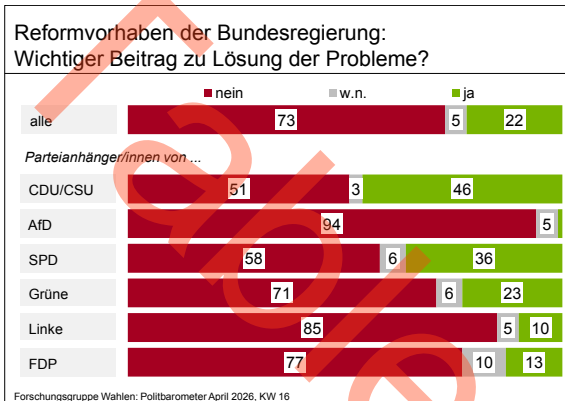
negativ. Auch hier kommt die Kritik mit 94% bzw. 87% besonders geballt aus dem AfD- und Linke-Lager. Im SPD- bzw. im Grünen- und FDP-Lager äußern sich rund die Hälfte bzw. knapp drei Viertel kritisch. Viel Zustimmung kommt dagegen von den Unionsanhänger/innen: Hier bewerten 74% die Kanzlerarbeit positiv.

Ähnlich schwach bzw. noch niedriger ist die Zufriedenheit mit den Ressortchefs für Finanzen und Wirtschaft: Finanzminister Lars Klingbeil attestieren nur 29% der Befragten eher gute Arbeit. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche beurteilen leistungsbezogen sogar nur 19% der Befragten eher positiv, darunter auch nur 30% im Unionslager.



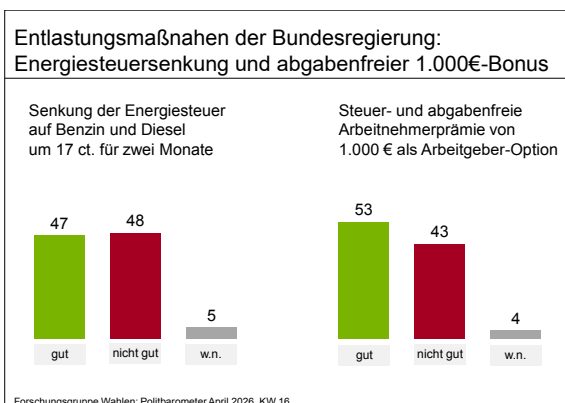
Bundesregierung: Problemlösung

Die ohnehin weit verbreitete Skepsis gegenüber der generellen Problemlösungskompetenz der Bundesregierung hat sich nochmals verstärkt: Nach 64% vor drei Wochen bezweifeln jetzt – nachdem die Koalitionsspitzen in verschiedenen Bereichen wichtige Reformen angekündigt haben – 73% der Befragten, dass die Koalition einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme in Deutschland leisten wird, 22% (Mrz: 31%) glauben das nicht.



Entlastungen: Energiesteuer und Bonus

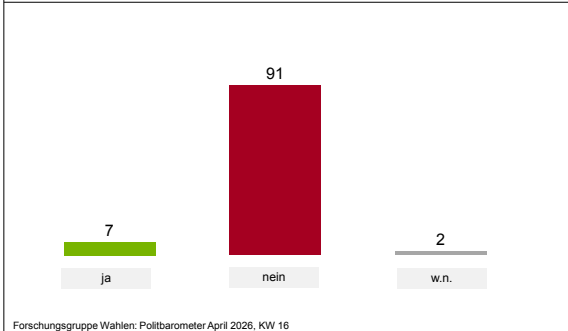
Bei den zu Wochenbeginn angekündigten Entlastungsmaßnahmen gibt es mehrheitlich Zustimmung zum optionalen Krisenbonus, bei der Energiesteuersenkung für Benzin und Diesel gehen die Meinungen auseinander. So finden es 47% gut und 48% nicht gut, dass die Energiesteuer auf Diesel und Benzin für zwei Monate um 17 Cent pro Liter gesenkt wird. Dass es Arbeitgebern ermöglicht wird, den Beschäftigten zur Entlastung in diesem Jahr eine steuer- und abgabenfreie Prämie von bis zu 1000 Euro zu zahlen, begrüßen 53% der Befragten, 43% sehen das kritisch.



Energiesteuersenkung: Weitergabe

Vor dem Hintergrund der Entlastungsmaßnahmen bei Benzin und Diesel glauben lediglich 7% der Deutschen, dass diese Steuersenkung von den Mineralölkonzernen vollständig an die Verbraucher weitergegeben wird, 91% glauben das nicht.

Senkung der Energiesteuer: Vollständige Weitergabe durch die Mineralölkonzerne an die Verbraucher?

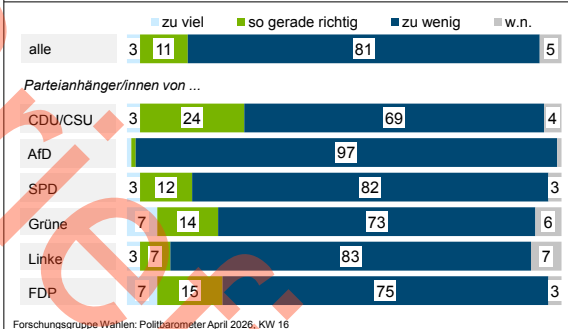


Energiepreise: Regierungshandeln

An den Forderungen der Bürger, wonach die Regierung mehr gegen die Energiepreissteigerungen unternehmen müsse, haben die Ad-Hoc-Maßnahmen vom Wochenbeginn überhaupt nichts geändert: Praktisch genau wie schon vor drei Wochen meinen 81% der Befragten, dass die Bundesregierung „alles in allem zu wenig“ gegen die steigenden Energiepreise unternimmt, für 3% tut die Koalition hier zu viel und für 11% ist das so gerade richtig.

Steigende Energiepreise:

„Die Bundesregierung tut dagegen ...“

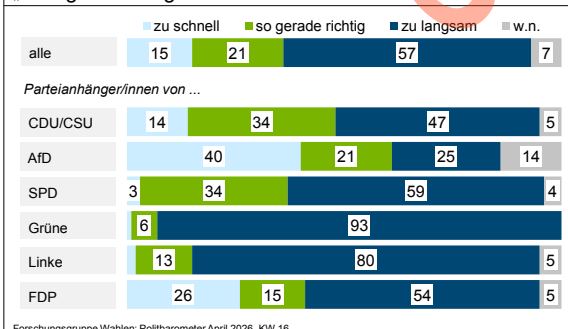


Energiewende: Vorankommen

Unzufrieden sind die meisten Deutschen auch mit dem Vorankommen der Energiewende: Für 57% geht der Ausbau von erneuerbaren Energien in unserem Land zu langsam und für 15% geht das zu schnell. Insgesamt 21% halten das Tempo bei der Umsetzung für so gerade richtig.

Ausbau von erneuerbaren Energien:

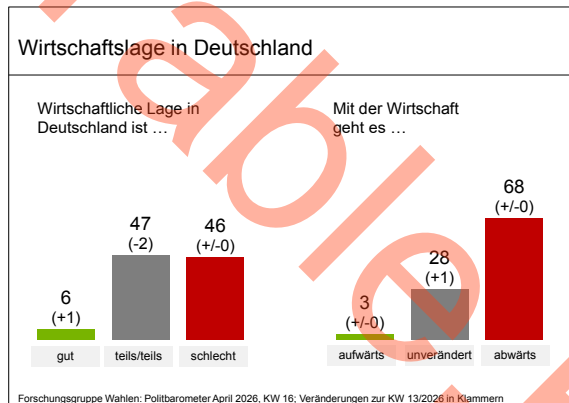
„Energiewende geht in Deutschland ...“



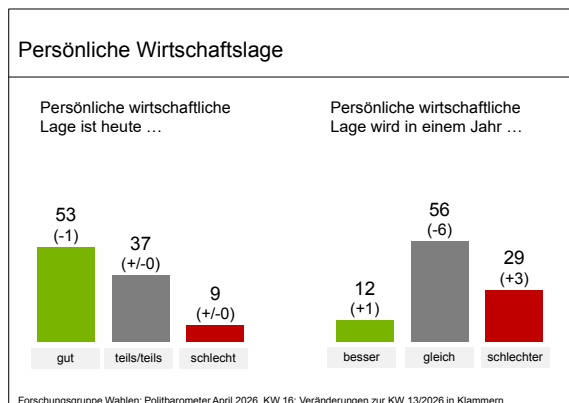
Wirtschaftslage in Deutschland

Im Politbarometer-Wirtschaftsteil bleibt die Bestandsaufnahme differenziert: Die ökonomische Gesamtsituation in Deutschland wird von den wenigsten Befragten positiv gesehen, bei den Konjunkturaussichten ist die Prognose meist pessimistisch. Im Privatbereich sprechen die meisten Bürger/innen aber unverändert von einer guten Finanzlage.

Im April bewerten 6% die Wirtschaftslage in Deutschland mit „gut“, 47% mit „teils-teils“ und 46% mit „schlecht“. Bei der Konjunkturprognose sind nur 3% optimistisch, 28% konstatieren Stagnation und 68% sehen einen Abwärtstrend.

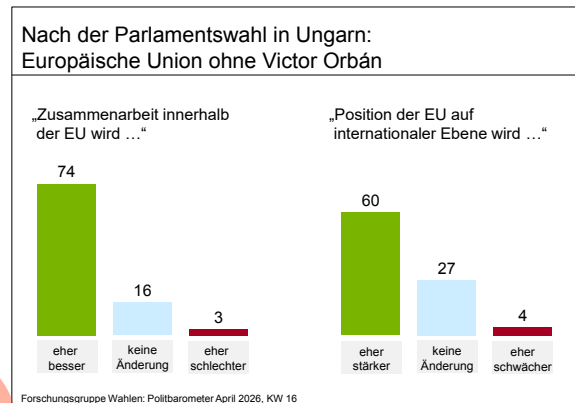


Privat befinden sich 53% der Befragten in einer wirtschaftlich guten und 9% in einer wirtschaftlich schlechten Situation, bei 37% ist dieser finanzielle Zustand nach eigener Einschätzung mittelmäßig. Kommend von dieser unterm Strich positiven Bestandsaufnahme meint die Mehrheit der Deutschen, dass ihre persönliche finanzielle Lage mittelfristig stabil sein wird.



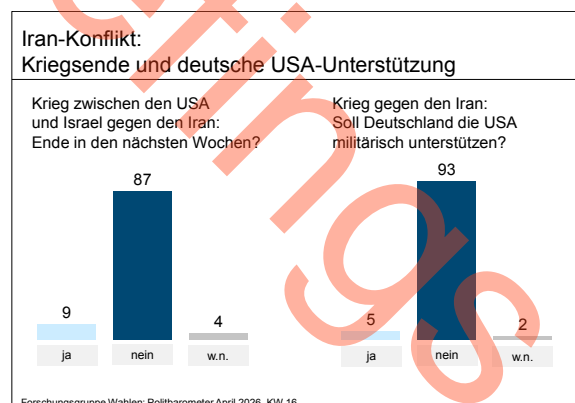
Machtwechsel in Ungarn: EU ohne Orbán

Nachdem in Ungarn die Partei des langjährigen Ministerpräsidenten Victor Orbán die Parlamentswahl verloren hat, steht Ungarn vor einem Regierungswechsel. Vor diesem Hintergrund meinen bei uns in Deutschland 74% der Befragten, dass sich die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union jetzt verbessern wird. Neben verbesserter Innenkooperation der Staatengemeinschaft rechnet eine Mehrheit der Deutschen auch mit einem wirksameren EU-Standing nach außen: 60% glauben, dass ohne Orbán die Position der Europäischen Union auf internationaler Ebene eher gestärkt wird.



Iran-Konflikt: Ende und USA-Unterstützung

Im Krieg zwischen den USA und Israel gegen den Iran rechnen die wenigsten Befragten mit einem baldigen Ende. Während US-Präsident Trump auch Deutschland dafür kritisiert hat, die USA hier nicht zu unterstützen, lehnen die Deutschen eine militärische Unterstützung der USA in ihrem Krieg gegen den Iran klar ab.



Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.
68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199
Internet: www.forschungsgruppe.de E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Politbarometer-Untersuchungen werden im Auftrag des ZDF telefonisch und online erhoben. Es wurden Festnetz- und Mobilfunknummern berücksichtigt. Der Fehlerbereich beträgt bei 1.250 Befragten und einem Anteilswert von 40% rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10% rund +/- zwei Prozentpunkte. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Informationen zu Methodik und Frageformulierungen auch auf www.forschungsgruppe.de. Sendung am 17.04.2026 im „heute-journal“. Nächstes bundesweites Politbarometer am 08.05.2026. Für diesen Überblick erheben wir eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von 20 € bei E-Mail-Versand.

Hinweis zu den Tabellen: Feb-I: KW 06/2026; Feb-II: KW 09/2026; Mrz: KW 13/2026; Apr: KW 16/2026